

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 16 (1926)
Heft: 27
Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nach, und schon schlich ein fahles, blasses Morgenlicht um die Erde, der Verkünder eines neuen Tages; was wird er bringen? Unermüdlich wurde die ganze Nacht hindurch gearbeitet, die Straßen vom Schutt geräumt, um neuem Platz zu machen.

Ungeheure Schlammassen bedecken die Gärten und Felder, einen widerlichen Modergeruch verbreitend. Das ganze Mobiliar verschiedener Wohnungen ist zerstört; die Bewohner derselben besitzen keine Kleider mehr als diejenigen, die sich gerade auf sich trugen. Das Steinpflaster ist vielerorts aufgerissen und große Löcher in die Straße gefressen; Gartenzäune und Betonmauern sind eingedrückt; in der Sägerei wurden große Baumstämme einfach fortgespült, das aufgeschichtete Holz unterwühlt und zum Teil fortgetragen. Vor dem Dorf, in einer etwas tiefer gelegenen Matte, bildete sich ein großer See und daneben ein riesiges Schuttfeld, Getreide und Mattland vernichtend. Dafür liegen entwurzelte und geschälte Tannen umher. Die Straße nach Holderbank wurde in einer Breite von zirka 20 Meter und ebensolcher Tiefe aufgerissen und bietet einen erschütternden Anblick. Die mit Quadersteinen versehenen Uferböschungen wurden fortgerissen, Brücken weggespült oder stark beschädigt. Nicht minder haufte das Unwetter in Holderbank und Mümliswil. Der Schaden ist vorläufig nicht übersehbar.

Im Laufe der folgenden Tage trafen noch Feuerwehrmannschaften ein von Lütlikofen, Lützlingen, Rhyburg, Buchegg und Narau, und fanden überreiche Arbeit. Ebenfalls wertvolle Hilfe leistete das Militär, und mit jugendlichem Eifer betätigten sich Kantonschüler von Solothurn an den Aufräumarbeiten; später auch die höheren Klassen der Balsthaler Schulen. Unglaubliches muß an Bußarbeit geleistet werden. Ganze Berge von verschlammten Waren, Büchern, Akten und sonstigen Artikeln werden per Auto fortgeführt und es wird noch Tage, vielleicht Wochen dauern, bis das Notwendigste wieder einigermaßen hergestellt ist. Die verheerten Felder werden vielfach für dieses Jahr ertraglos sein, und der Fleiß vieler Jahre ist manchenorts vernichtet. Mit stiller Ergebenheit trägt die Bevölkerung das schwere Unglück und flüsternd geht die Mähr im Dorf, daß nur einen das Unheil nicht verwundere, weil sich wieder einmal eine uralte Sage bewahrheitet habe; wenn nämlich jemand eine sonst grüne Pflanze weiß wachsen sehen, so bedeute das für die Gegend ein Unglück. In der Tat will er im Bergwald oben ein Tännchen gesehen haben, das vollständig weiß und dabei doch lebensfähig gewesen sei, denn er habe sein Wachstum verfolgt.

Auf jeden Fall ist das Unglück schwer, das über die Gegend niederging, und wer Nächstenliebe nicht bloß ein schönes Wort sein lassen will, steure sein Scherflein bei zur Linderung der großen Not, dankbar, daß er von Ähnlichem bis jetzt verschont blieb.

F. F.

Aus der politischen Woche.

Im Reiche Mussolinis.

Auf Italien sind heute die Augen der Gläubigen und der Ungläubigen gerichtet. „Seht, was der Wille eines Einzelnen vermag! Italien blüht auf und wird ein reiches Land!“ so triumphieren die Freunde der Diktatur und der Zwangsordnung! Die andern: „Es ist dies alles Schein, der kläglich vergehen wird. Italien wird wohl reicher an Gütern, aber ärmer an Charakter. Eines Tages müssen sich die Sünden wider die Freiheit des Geistes rächen!“ Neben entschiedenen Anhängern Mussolinis und entschiedenen Gegnern gibt es eine größere Menge noch, die sich keine Meinung bilden kann oder will. „Warten wir ab“, ist ihre Auskunft.

In der Tat: Mussolini ist für die Welt ein Experiment. Diktaturen hat es zu allen Zeiten zur Genüge gegeben;



Von der Wetterkatastrophe in Balsthal.

aber nicht alle Zeiten reagieren gleich, und so braucht nicht notwendigerweise jede Diktatur dieselbe Wirkung zu haben. Wir sind tatsächlich auf das Abwarten angewiesen.

Unsere Zeit der Plutokratie scheint den Diktaturen günstig zu sein. Die Geldbesitzer aller Länder haben das gemeinsam, daß sie durch ihr Geld andere für sie arbeiten lassen möchten, und wieder ein Charakteristikum unserer Zeit ist dies, daß sich die Arbeitenden so ziemlich überall auf der Welt wehren, für andere und nicht für sich allein zu arbeiten. Das bedingt den Streit zwischen Kapital und Arbeit und bedingt die Wirtschaftskrisen, die Arbeitskämpfe und die Arbeitsverdrössenheit der großen Masse. Der muß dem Plutokraten willkommen sein, der mit eiserner Faust die Masse wieder zur Arbeit zwingt und dem Kapital neue glänzende Wirkungsmöglichkeiten schafft. Mussolini erfreut sich darum bei den Bankiers vom Typ eines Mellon großer Sympathien und eines weitgehenden Kredites. Diese haben wohl erkannt, daß die fascistische Diktatur keine bloße Eintagsfliege ist. Dazu ist sie zu sehr auf den Materialismus der Massen eingestellt. Was gelten die einige Tausend von selbständig denkenden Menschen, denen die individuelle Freiheit über äußeres Wohlleben geht! Die große Menge gibt sich damit zufrieden, daß sie arbeiten kann und zu essen hat. Und wenn ihr der Diktator dazu noch zu schmeicheln versteht, wie Mussolini dies tut, dann hält sie zu ihm durch dick und dünn, auch wenn sie gelegentlich spüren muß, wie sehr der Selbstherrscher sie verachtet.

Das fascistische Regime hat bis heute eine glückliche Hand gehabt in seiner Finanzpolitik. A. de Stefani, der erste Finanzminister Mussolinis, und nun Graf Bolpi, dessen Nachfolger, haben mit starker Hand eine Steuerpraxis gehandhabt, die die Inflation unnötig machte. Gleichzeitig haben sie die Staatsausgaben durch Beamtenabbau herabgesetzt. Heute hat das italienische Budget einen Ueberschuß zu verzeichnen; der wirkliche Ueberschuß in der letzten Staatsrechnung beträgt über eine halbe Milliarde Lire. Das ist zweifellos ein starker Erfolg der italienischen Finanzverwaltung, ein Erfolg, um den sie manche andere Regierung beneiden könnte.

Dieser Erfolg hängt eng zusammen mit Mussolinis Gewerkschaftspolitik. Der Duce selbst bezeichnet die Organisation der Arbeit, wie sie im Syndikatsgesetz vorliegt, das am 1. Juli nächsthin in Kraft treten soll, als seine größte Leistung. Nun soll es also keine Lazzaroni mehr geben in Italien. Jegliches Faulenzen ist gesetzlich verboten. Das dolce far niente, bisher das gottgewollte Vorrecht eines glücklichen Volkes auf dem Lido in Venedig und Neapel, ist vom italienischen Boden verbannt und darf künftig nicht mehr in Dantes Sprache zitiert werden. Jeder Italiener muß einer der 15 Kategorien oder Gewerkschaften an-

gehören, in das das Syndikatsgesetz die Arbeit einreicht. Mussolini hat eine Theorie verwirklicht, über die er seinerzeit als sozialistischer Redaktor mit marxistischen Gleichgesinnten halbe Nächte durch diskutiert haben mag. Doch ist die faschistische Zwangswirtschaft scharf unterschieden von der marxistischen Planwirtschaft; diese will möglichst viel verstaatlichen — auf alle Fälle die Produktionsmittel und die Rohstoffe —, jene steht auf dem Boden des absoluten Privateigentums. Nur daß der Unternehmer das Wohl des faschistischen Staates als oberste Maxime anerkennen muß. Mussolini ist aber so klug, daß er das Kapital nicht unnötigerweise mit einschränkenden Bestimmungen belastet. So hat er — schon unter Stefani — die Nominalität der Effekttitel, die Besteuerung des ausländischen Kapitals und die Erbschaftsteuer abgeschafft und damit dem Kapital das Gefühl der Sicherheit gegeben, das dieses nötig hat, um sich frei der Produktion zur Verfügung zu stellen. Mussolini und seine Leute sind dem Geld gegenüber ganz nur Realisten. Sie nehmen es, wie es ist und jagen keinen Utopien nach.

Weniger Rücksicht nimmt die faschistische Wirtschaftsordnung auf die übrigen wirtschaftlichen Einrichtungen, wie sie sich unter dem Liberalismus gebildet hatten. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage in der Preisbildung für Ware und Arbeit wird aufgehoben. Löhne und Preise werden durch staatliche Schiedsgerichte geregelt. Und alle Entschiede sind inappellabel; da gibt es nur das sich Dreinfügen. Was trägt es ab, aus Unzufriedenheit etwa den Beruf aufzugeben und in einen neuen überzugehen? In Italien ist heute jeder Mensch eingeordnet und kontrolliert, und wenn er als Verdrossener eine Berufskategorie verläßt, so wird er in der andern als Verdrossener angemeldet und dementsprechend behandelt. Auch das Auswandern ist im heutigen Italien kein empfehlenswerter Weg; denn der italienische Faschismus verfolgt seine Dissidenten bis ans Ende der Welt. In Ländern, die an Italien angrenzen, sind sie so sehr unter der Kontrolle, daß auch die Regierung des Gastlandes ihre Versammlungen nicht vor Ruhestörungen durch Faschisten schützen kann.

Das Syndikatsgesetz ist eine Art Kombination von mittelalterlichem Zunftzwang und bolschewistischer Ueberorganisation. Seine Anwendung wird im faschistischen Italien weniger Widerstand erfahren, als dies in vielleicht jedem andern westeuropäischen Lande der Fall wäre. Die Einzelheiten der neuen Ordnung sind bei uns noch zu wenig bekannt geworden, als daß wir uns über ihre Auswirkungen ein einigermaßen richtiges Bild zum Voraus bilden könnten.

Ein Schlaglicht auf das neue Italien werfen die jüngst bekannt gewordenen Maßnahmen des Wirtschaftsrates in Rom, die den Zweck verfolgen, die Landeserzeugnisse zu vermehren und ihre Preise herabzusetzen. Eine dieser Gesetzesvorlagen will den Luxus einschränken; sie bestimmt, daß vom 30. Juli 1926 bis zum 30. Juni 1927 der Bau von Luxus-Gebäulichkeiten verboten ist. Die Bautätigkeit hat sich lediglich auf Volkshäuser und Wirtschaftsgebäude für das Bürgertum und die Angestellten zu beschränken. Ferner ist vom 1. Juli 1926 an bis auf neue Verfügung hin das Eröffnen von neuen Bars, Cafés, Patisseries, Dancings usw. verboten. Die Maximal-Seitenzahl der Tagesblätter wird auf 6 Seiten beschränkt, und vom 1. Juli an werden die Arbeitgeber ermächtigt, die Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag zu verlängern.

Schärfer könnte das faschistische Italien seine Verachtung für internationale Zusammenarbeit und Völkerbunds-politik kaum formulieren, als dies in diesem letzten Gesetzeserlaß getan ist. Man weiß, daß der Achtfundentag im Washingtoner Uebereinkommen als die Grundlage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Länder aufgestellt worden ist. Er ist auch die Schwelle, über die die Völker zum sozialen Frieden glauben schreiten zu müssen aus der richtigen Erkenntnis heraus, daß man dem geistigen und moralischen Aufstieg der Arbeiterschaft Zeit zur Verfügung stellen

muß. Mussolini, ehemals ein Kämpfer für den Achtfundentag, streicht mit einem Federzug dieses Ideal seiner Jugend und der ganzen sozialdenkenden Menschheit durch. Der Effekt ist abzuwarten. Italien geht einer wirtschaftlichen Blütezeit entgegen; zweifellos. Mit staatlicher Anfeuerung werden Tausende von Wohnhäusern, Kanäle, Straßen, Eisenbahnlinien, Elektrizitätswerke, Tunnel, Häfen, Bäder gebaut; die Armee wird mit Kriegsschiffen, Flugmaschinen, Kanonen ausgerüstet; Schulen werden gegründet, Sportplätze eröffnet; Rom wird um- und ausgebaut; bald soll es die schönste Stadt Europas sein. Gewiß, solcher Arbeitseifer schafft Konjunktur und Reichtum. Aber wie wird Mussolini und seine Faschisten die große Aufgabe lösen, vor die jede solche nationale Wirtschaftsblüte die Leiter eines Staates stellt, wenn das Kapital zu seiner sinnmäßigen Auswirkung den Krieg nötig hat und ihn verlangt. Werden sie das zu Wohlstand gehobene Volk in den Krieg und damit ins Elend führen, oder werden sie eine Lösung ohne Krieg anstreben. Dies ist Italiens Schicksalsfrage — und wohl auch die Schicksalsfrage Europas.

Heute noch kann man nur mit Beängstigung der italienischen Entwicklung folgen. Mussolini macht aus seiner Feindschaft gegen den Völkerbund keinen Hehl mehr. Man schreibt ihm die Absicht zu, den Völkerbund zu sprengen. Dies scheint nach der neuesten Krise gar keine so unmögliche Sache zu sein. Spanien ist entschlossen, dem Beispiele Brasiliens zu folgen und aus dem Völkerbunde auszutreten. Italiens Austritt könnte dann das Zeichen zur allgemeinen Deroute werden.

Schon jetzt überschattet Mussolinis Völkerbundsfeindschaft Europas Politik. Die Kleine Entente, bisher die Vor-mauer Genfs im Osten, läßt Zeichen der Zerbrechung merken. Italien wirbt unablässig und eifrig um die Gunst Jugoslawiens und Rumaniens. Und es gewinnt hier an Boden in dem Maße, wie Frankreich dort an Ansehen verliert. Rumänien ist innerlich längst von Frankreich abgefallen, das pazifistisch orientiert ist, und um Bessarabien und die Dobrudscha kaum mehr den rumänischen Bundesgenossen Geld und Soldaten zur Verfügung stellen wird. Italien dagegen hat ein wachsendes Heer und wachsende Kriegslust und ist gewillt, davon irgendwie Gebrauch zu machen, natürlich gegen Kompensationen.

Wie sehr die Freundschaftsbestrebungen zwischen Italien und Jugoslawien bloß Bedürfnis der Diplomaten sind und nicht innere Notwendigkeit, bezeugen die Unruhen in kroatischen und serbischen Städten gegen die von Mintschitsch mit Mussolini geschlossenen Verträge. Sie werden vom jugoslawischen Volke selbst als unmoralisch abgelehnt.

Einzig Benesch, der Außenminister der Tschechoslowakei, scheint seinen völkerbundsfreundlichen Weg, unbeirrt der italienischen Bedrohung, weitergehen zu wollen. Beinahe aber hätte ihn eine innerpolitische Krise zu Fall gebracht. Er war mit einer Obstruktion seiner Parteigenossen, den Radikalsozialisten, nicht einverstanden und gab dem durch Austritt aus der Partei Ausdruck. Konsequenterweise mußte er sein Mandat der Partei zurückgeben und dem Staatspräsidenten die Demmission vorlegen. Masarek aber nahm die Demmission nicht an und bestimmte Benesch, auf dem Posten zu bleiben, auf dem er dem Lande schon so vorzügliche Dienste geleistet hat. Vorläufig ist Benesch also noch tschechischer Außenminister, aber seine Stellung ist durch das Vorkommnis arg geschwächt und Mussolini könnte möglicherweise den Triumph erleben, daß sein Gegenspieler in der Kleinen Entente aus der Reihe der Kämpfer für ein kollektivistisch geordnetes Europa austritt.

Immer schwächer wird so die antifaschistische Phalanx. So hat denn Mussolini nicht länger gezögert, Frankreich offiziell seine Forderungen für die Neuordnung in Marokko anzumelden. Was wird daraus entstehen? Einstweilen hat Briand geantwortet, Italiens Ansprüche seien im Tangervertrage endgültig erledigt worden und eine Marokkofrage existiere nur für Spanien und Frankreich.